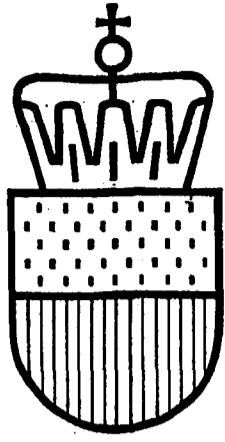


Liechtensteiner Volksblatt



Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 2 21 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 2 13 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Inland 10 Rp., Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp., Schweiz 13 Rp., Uebrigtes Ausland 15 Rp. Anzeigen Reklame 25 Rp., 27 Rp., 29 Rp., 33 Rp. Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 21 43 Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ Vaduz, Mittwoch, 24. Juni 1964

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

98. Jahrgang — Nr. 94

Ruhr-Wirtschaft und Europa

Von Ministerpräsident Dr. Franz Meyers

Dr. Franz Meyers, der Autor des nachstehenden Aufsatzes, ist seit 1958 Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen. Diesem grössten Industrieland der Bundesrepublik kommt dank der föderalistischen Struktur Westdeutschlands eine hohe wirtschaftliche Bedeutung zu.

DK Düsseldorf. - Die Menschen an Rhein und Ruhr haben einen ausgeprägten Sinn für westeuropäische Einigungsbestrebungen. Sie sind für Fortsetzung und Intensivierung Jahrhunderte alter Nachbarschaftsbeziehungen. So ist es selbstverständlich, dass Nordrheinwestfalen, das bevölkerungsreichste und industriestärkste Land der Bundesrepublik Deutschland, kraftvoll für den Gemeinsamen Markt eintritt.

Im vergangenen Jahr erzielte das Land einen Auslandsabsatz von 19,8 Milliarden DM. Das bedeutet gegenüber 1962 eine Wertsteigerung um elf Prozent. Von diesem Absatz entfielen 15,4 Milliarden DM auf europäische Länder. Nach Afrika wurden für 0,84 und nach Amerika für 0,16 Milliarden DM Waren verkauft. Die Länder der Europäischen Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) waren mit 8,6 Milliarden DM (ein Fünftel mehr als 1962) die Hauptabnehmer. Die übrigen Anteile waren: Frankreich, Werte für 2,2 Milliarden (27 Prozent mehr), Belgien und Luxemburg 1,9 (plus 13 Prozent), die Niederlande 2,6 (plus 13 Prozent), und Italien 1,9 (plus 31 Prozent). Die Warenausfuhr Nordrhein-Westfalens nach den EWG-Staaten hatte sich zwischen 1959 und 1962 auf fast 47 Prozent des Handels der gesamten Bundesrepublik nach den EWG-Staaten erhöht. Diese Prozentzahl sank 1963 wieder auf 34 Prozent ab.

Innsbruck-Feldkirch wird Diözese

Vorarlberg bleibt vorläufig weiterhin Generalvikariat

Die in Innsbruck erscheinende katholische Wochenzeitung «Der Volksbote» bringt in seiner neuesten Nummer einen Artikel unter dem Titel «Innsbruck-Feldkirch wird Diözese». Wörtlich schreibt der «Volksbote»:

«Nachdem die italienische Regierung ihre Bereitschaft zu erkennen gegeben hat, der vom Heiligen Stuhl durch Erweiterung der Diözese Brixen angestrebten Errichtung eines einheitlichen Bistums für ganz Südtirol zuzustimmen, wird nun auch eine Lösung der Diözesenanfrage nördlich des Brenners ermöglicht. Das Blatt verweist darauf, daß der österreichische Ministerrat am 9. Juni auf Antrag von Außenminister Kreisky und Unterrichtsminister Dr. Piffl beschloß, die Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl über die Umwandlung der Apostolischen Administration Innsbruck-Feldkirch in eine Diözese gemäß Art. III, Paragraph 2, des österreichischen Konkordats aufzunehmen. «Damit erweist sich die österreichische Bundesregierung in einem weiteren wichtigen Punkt konkordatstreu», schreibt der «Volksbote».

«Bekanntlich sind bisher gegen die Verwirklichung dieser Konkordatsbestimmung von seiten der Bundesregierung und der Tiroler Landesregierung mit Rücksicht auf die Nichtdurchführung des Dekretes Paps Pius' XI. von 1922 über die Erweiterung der Diözese Brixen Widerstände geltend gemacht worden», heißt es weiter in dem Artikel. Im Hinblick auf die bevorstehende befriedigende Lösung der Diözesenanfrage in Südtirol seien diese Einwände fallengelassen worden, «sodaß die seit langem vorbereitete Regelung jetzt erfreulicherweise verwirklicht werden kann».

Wörtlich heißt es weiter: «Auf Grund der Konkordatsbestimmungen und zweimaliger Eingaben der österreichischen Bischofskonferenz an die Bundesregierung wird vorerst eine Diözese Innsbruck-Feldkirch errichtet. Das heißt: Vorarlberg verbleibt zunächst als Generalvikariat im Gefüge der neuen Diözese». «Mit der Sache vertraute Kreise», schreibt der «Volksbote» abschließend, «weisen darauf hin, daß, sofern in Vorarlberg über das Konkordat hinausgehende Wünsche bestehen, zuvor die kirchenrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer selbständigen Vorarlberger Diözese geschaffen werden müßten. In diesem Fall würde jedoch eine weitere Schwierigkeit auftreten: die dadurch akut werdende Frage der Diözesangrenze zwischen Tirol und Salzburg. So hat die Bundesregierung die Aufgabe, zunächst die langverzögerte Realisierung des Konkordates zu ermöglichen.»

Schon die wenigen Zahlen bestätigen, dass sich die Wirtschaft des Landes seit der Gründung des Gemeinsamen Marktes bewusst und konsequent nach dieser Gemeinsamkeit orientiert hat. Anlass dafür war eine Zukunftsrechnung: Nicht so sehr die Wirkung der Zollunion oder die erstrebte Liberalisierung des Niederlassungsrechtes oder die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, als vielmehr die Anziehungskraft des im Entstehen begriffenen westeuropäischen Wirtschafts-Grossraumes.

In der zweiten Stufe der Uebergangszeit zum Gemeinsamen Markt erwartet Nordrhein-Westfalen vor allem den Ausbau der Zollunion zu einer Wirtschaftsorganisation und damit auch die Beseitigung von Verzerrungen des Wettbewerbs, deren Wirkungen in diesem Lande besonders spürbar sind. Darüber hinaus erhofft man Fortschritte im Bereich einer gemeinsamen Handelspolitik und einer Koordinierung der Energiepolitik.

Angesichts der grossen Investitionspläne der Partnerländer Deutschlands im Gemeinsamen Markt ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren die Konkurrenz aus den übrigen EWG-Staaten immer stärker auf den deutschen Markt drängen wird. Die zur Zeit in den Ländern der Gemeinschaft bestehenden unterschiedlichen Steuersysteme begünstigen eine solche Entwicklung. Denn aus der Verschiedenheit der Systeme ergeben sich mitunter bedenkliche Verzerrungen des Wettbewerbs. In erster Linie gilt das für die Umsatzsteuersysteme. Das hat sich bereits bisher im Verhältnis der Bundesrepublik zu Frankreich bei der Stahlherzeugung bemerkbar gemacht. Frankreich ist dank seiner Mehrwertsteuer in der Lage, bei dem in der EWG eingeführten Prinzip der Besteuerung nach dem Bestimmungsland seine Exporte zu entlasten und seine Importe der Belastung vergleichbarer inländischer Waren anzupassen. Das ist in der Bundesrepublik nicht möglich. Der unvollkommene Umsatzsteueraus-

gleich an den deutschen Steuergrenzen führte für die Bundesrepublik zu Preisnachteilen; zum Beispiel für deutschen Stahl zu einer Benachteiligung um 2-3%. Ähnlich betroffen sind die Textilindustrie und die papier- und ledererzeugende Industrie, die in Nordrhein-Westfalen stark vertreten sind. Vor einem Jahr trat bereits - wesentlich aufgrund einer Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen - eine Novelle zum Deutschen Umsatzsteuergesetz in Kraft, die einige besondere Härten und Verzerrungen des Wettbewerbs beseitigt. Damit aber wird das Uebel nicht an der Wurzel gepackt. Das wird erst möglich sein, wenn eine deutsche Mehrwertsteuer das bisherige System ablöst. Dann werden die Umsatzsteuern innerhalb der Gemeinschaft harmonisiert und das Ziel gesetzt werden, eine europäische Mehrwertsteuer einzuführen und die Steuergrenzen zu beseitigen.

Der Steinkohlenbergbau

Ein besonderes Problem der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen stellt die Krise des Steinkohlenbergbaus dar. Sie ist eine Folge des massierten Eindringens anderer Energieträger in den Energiemarkt, vor allem des Mineralöls. Die Landesregierung wehrt sich gegen einen ruinösen Wettbewerb zwischen Kohle und Öl. Einmal soll das Land nicht von den Energieträgern abhängig werden, die - wie etwa Öl aus Gebieten mit chronischen politischen Krisen importiert werden müssen. Nicht zuletzt aber betrachtet man auch das Kohle-Problem aus der Sicht der Verantwortung für die im Bergbau beschäftigten Menschen. Die Sicherung ihres Arbeitsplatzes ist gleichbedeutend mit sozialem Frieden an Rhein und Ruhr.

Das Ruhrgebiet könnte auch für die EWG zu einem ersten Gefahrenherd werden, sobald Arbeitslosigkeit und Not die dort lebenden Menschen für radikale Parolen anfällig machen. Wünschenswert wäre daher, wenn im westlichen Europa bald eine Grundlage für eine koordinierte Politik in der Energiewirtschaft geschaffen würde. Erst dann können deutsche Hilfsmassnahmen für den Steinkohlenbergbau mit den Prinzipien des Gemeinsamen Markts

Tribüne DER FREIEN MEINUNG

Nocheinmal: Bedauerliche Alpfahrt . . .

Obwohl es zweifellos besser wäre, über Vorkommnisse, wie sie in ihrer gestrigen «Tribüne der freien Meinung» beschrieben sind, zu schweigen, gilt es doch etwas richtigzustellen. - Es stimmt zwar, dass das besagte Tier nach seiner Ankunft auf dem Ausladebahnhof am Arlberg zusammenbrach. Es stimmt aber nicht, dass es neuerdings Schläge bekam, und dass erst das Einschreiten von «beherzten» Männern eine weitere Misshandlung verhindern konnten. Ganz im Gegenteil. Das geschwächte Tier wurde beim Ausladen, nachdem man seinen Zustand bemerkt hatte, mit besonderer Sorgfalt und Rücksichtnahme behandelt.

Im übrigen hat sich der Einsender der «Vorarlberger Nachrichten», der seinerzeit über diesen Zwischenfall berichtete, bereit erklärt, diese Sache richtigzustellen. -sd-

vereinbar werden. Schliesslich hat das Europäische Parlament von Subventionen für die Gemeinschaftskohle aus öffentlichen Mitteln der Gemeinschaft gesprochen. Damit wird offenbar, dass die Kohle auch nach noch so intensiver Rationalisierung mit dem Mineralöl im Preis nicht konkurrieren kann.

Für die Kohle an der Ruhr soll nun nicht grossmütig, etwa wie für einen Naturchutzpark, disponiert werden. Es wird rationalisiert werden, wo es geboten erscheint, doch stets bei weitestgehender Schonung der arbeitenden Menschen, Strukturwandlungen des Ruhrgebiets können dabei helfen. Zu hoffen ist, dass die Kohle im Rahmen einer koordinierten Energiepolitik Westeuropas den ihr angemessenen Platz erhält, woraus sich für die Zukunft Besserungen ergeben werden.

Vorarlberg-Liechtenstein-Tag an den 1200-Jahrfeiern der Benediktinerabtei Otto-beuren

Fürst Franz Josef II. legt einen Kranz am Grabe Pater Gabriel Rheinhard's nieder

Ein wolkenbehängener Himmel wölbte sich über das jubelnde Otto-beuren; als am letzten Sonntag um 9 Uhr morgens Abt Vitalis Maier von Benediktinerkloster Otto-beuren die Ehrengäste willkommen heissen konnte. «In den 1200 Jahren unserer Abtei ergaben sich vielfältige Beziehungen weit hinaus über die Grenzen unseres schwäbischen Raumes - auch ins Land Vorarlberg und in das Fürstentum Liechtenstein. Das Gedenken an die gemeinsame Vergangenheit unserer Vorfahren soll uns des verpflichtenden Erbes für die Gegenwart bewusst machen. In der Begegnung am Tag Vorarlberg-Liechtenstein mögen uns die alten Bände aufs neue zusammenhalten». Dies schreibt der Abt selbst in seinem «Gott zum Gruss».

Vor der Klosterpforte hatten sich inzwischen die Stadtmusik Feldkirch und eine Feldkircher Trachtengruppe aufgestellt. Unter der Leitung von Kapellmeister Mähr eröffneten die Feldkircher Musikanten den Festzug mit einem flottem Marsch. In feierlichem Einzug begaben sich die Ehrengäste hierauf in die Basilika, die sich heuer in besonderem Festkleid den Besuchern darbietet, wurde sie doch eigens zum 1200jährigen Jubiläum des Klosters renoviert. In der bis auf den letzten Platz besetzten Basilika zelebrierte der Landesbischof von Vorarlberg Dr. Bruno Wechner das feierliche Pontifikalamt. In seiner Ansprache betonte der Bischof das dauernd neue Aufblühen des Klosters Otto-beuren, das trotz Religionswirren und Säkularisation weiterbestanden hat und das treu dem Wahlspruch der Benediktiner «ora et labora» weiterwirkt. Die vereinigten Kirchenchöre von Lustenau trugen mit der achtsch-

gen «Missa octo vocum» von Hans Leo Hassler wesentlich zur Verschönerung des Gottesdienstes bei und bewiesen die Behauptung, die Lustenauer seien die musikalischsten Vorarlberger.

Anschliessend begaben sich die Ehrengäste geschlossen in die Gruft, wo S. D. Fürst Franz Josef am Grabe Pater Gabriel Rheinhard's den von zwei Pfadfindern getragenen Kranz niederlegte. Die Stadtmusik Feldkirch intonierte dazu die Volkshymne.

Pater Gabriel Rheinhard war Prior zu St. Johann in Feldkirch, 1771, in einer Zeit, in der in unserem Ländchen nicht alles seinen gerechten Lauf ging, wurde er Administrator über das Fürstentum. Fürst Josef Wenzel lebte in Wien und hatte so keine unmittelbare Kontrolle über seine Aufsichtsbeamten. Er bat Pater Gabriel, dessen Ehrlichkeit und Geschicklichkeit ihm besonders anerkundet worden war, «derselbe wolle in ermelten meinen Reichsfürstentume bis auf meine weitere eingehende Nachricht die Interim-Administration übernehmen, sofort zur Vermeidung aller Unordnung über die Aemter alle Oberaufsicht tragen . . .» Pater Gabriel Rheinhard brachte wieder Ordnung in die Verwaltung unseres Landes und führte einen neuen Landvogt in sein Amt ein.

Doch die Beziehungen Liechtenstein-Otto-beuren erstrecken sich nicht nur auf diesen Otto-beurer Pater Gabriel Rheinhard. Die Pfarrei Mauren war einmal im Besitz des Klosters Otto-beuren. 1382 wurde die Kollatur (das Recht, den Pfarrer zu bestellen) von Mauren an das Johanniter-Ritterhaus zu Feldkirch abgetreten. Im Jahre 1696 kam das Johanniterhaus an das bayrische Kloster Otto-beuren. Somit wurde

auch Mauren religiös von Otto-beuren abhängig. Nach der Kranzniederlegung in der Gruft folgte der Festakt im mit überlebensgrossen Standbildern habburger Herrscher gezierten Kaisersaal der einstigen Reichsabtei. Abt Vitalis Maier begrüßte die vielen Ehrengäste, allen voran S. D. Fürst Franz Josef II. von Liechtenstein, den Weihbischof Dr. Bruno Wechner und den Landeshauptmann von Vorarlberg Ulrich Ilg; liechtensteinischerseits konnte er noch Prinz Emanuel von Liechtenstein, den Regierungschefstellvertreter Josef Büchel, Regierungsrat Josef Oehri und den Pfarrer von Mauren Carnot begrüßen. Weiters hiess er vor allem den Festredner Univ.-Prof. Min. a. D. Dr. Ernst Kolb, den Bürgermeister der Stadt Feldkirch Lorenz Tiefenthaler, die hohe Geistlichkeit und alle anderen Ehrengäste willkommen.

Ein Schüler des Feldkircher Bundesgymnasiums überbrachte die Glückwünsche und den Gruss der Stadt Feldkirch an das Kloster Otto-beuren in Form eines in lateinischen Hexametern verfassten Gedichtes von Prof. Dr. Josef Holzer. Anschliessend betrat der Festredner Dr. Kolb die Rednerbühne. Er verstand es ausgezeichnet, der versammelten Festgemeinde die geschichtlichen Verbindungen Vorarlbergs und Liechtensteins mit Otto-beuren darzulegen. Nach ihm dankte Fürst Franz Josef in seiner Ansprache dem Kloster Otto-beuren für die Dienste an unserer Heimat, die besonders durch Pater Gabriel Rheinhard zum Ausdruck kamen, und wünschte der jubelnden Abtei auch für die Zukunft ein so segnenreiches Wirken wie in den verflorbenen 1200 Jahren. Mit der liechtensteinischen und der Vorarlberger Landeshymne schloss dieser Festakt im Kaisersaal.